

Waldenburger



Wochenblatt.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich Mk. 2,50, monatlich 85 Pf. frei ins Haus. bei Zustellung durch den Briefträger tritt hierzu noch das Bestellgeld.

Fernsprecher Nr. 3.

Inseratannahme bis spätestens mittags 12 Uhr. — Preis der einpaltigen Zeile für Inserenten aus Stadt u. Kreis Waldenburg 20 Pf., von auswärts 25, Vermietungen, Stellengesuche 15, Reklameteil 50 Pf.

Täglich erscheinende Zeitung für den Waldenburger Industriekreis und seine Nachbarbezirke.

Publikationsorgan der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie der Amts- und Gemeindevorstände von Ober Waldenburg, Dittersbach, Nieder Hermendorf, Seltendorf, Reußendorf, Dittmannsdorf, Lehmwasser, Säregrund, Neu- und Althain und Langwaltersdorf.

Ablehnung des gleichen Wahlrechts in zweiter Lesung.

Einmarsch in das Don-Gebiet. — Taganrog am Arow'schen Meer besetzt.

Ein schwarzer Tag für Preußen.

Das gleiche Wahlrecht vorläufig abgelehnt.

Berlin, 2. Mai. Im Abgeordnetenhaus wurde heute der sozialdemokratische Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 183 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt.

§ 3 der Kommissionsbeschlüsse, welcher ein Mehrstimmenwahlrecht vorsieht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 232 gegen 183 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Die Abstimmung gegen das gleiche Wahlrecht ist eine Tat, die man nur tief beklagen kann. Der 2. Mai wird in der preußischen Geschichte als ein schwarzer Tag fortleben. Das Votum gegen das gleiche Wahlrecht ist aber auch ungeheuer lehrreich. Hatte doch in der vorausgegangenen Debatte der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg auf eine Anfrage des freikonservativen Abgeordneten Rewoldt erklärt, daß die Regierung ihre Stellung erst bei der dritten Lesung festlegen werde, da ja nach der zweiten Lesung sehr wohl eine Verständigung herbeigeführt werden könne. Gerade bei dieser Sachlage war es den Konservativen erleichtert, zunächst einmal, sei es durch Stimmenthaltung oder mangelnde Präsenz, die Regierungsvorlage zur Annahme gelangen zu lassen. Das ist gewiß sonst nicht üblich, aber die Konservativen wissen genau, so wie alle Welt, daß wir jetzt im Kriege leben, daß tausende Ohren von der Front her auf diese Abstimmung lauschen, und daß die innere Front keinen schwereren Stoß erhalten kann, als durch eine solche Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Nach den Erklärungen der Regierung war diese Abstimmung nicht entscheidend. Dennoch boten die Konservativen ihren ganzen Heerbann auf. Duzende von Landräten, viele höhere Beamte und Männer in Uniform stellten sich hin und stimmten gegen ihren König und gegen das Volk, die sich in der Forderung nach dem gleichen Wahlrecht gefunden haben. Um die Konfliktklüftlichkeit auch ungeniert zum Ausdruck zu bringen, ließ sich der zweite konservative Redner, Herr von der Osten, an den Schluß der Rede rufen: Ich übernehme die Verantwortung für die Entscheidung gegen die Regierung und Linke. Trotz nahm das Junkertum die Gelegenheit wahr, der Regierung eine Niederlage zu bereiten. Diese ganzen Begleiterscheinungen werden einen bleibend traurigen Eindruck hinterlassen, und sie sind ein Zeugnis dafür, wie spürlos das große Erleben einer furchtbaren Kriegszeit an der engen Schicht der preußischen Privilegierten vorübergegangen ist.

Ob es bis zur dritten Lesung gelingen wird, die Wahlrechtswidersacher durch Resolutionsjournale auf allen Lebensgebieten des Parlaments milde zu stimmen, mag dahingestellt sein. Die Regierung hat gerade in den Schlusstadien der zweiten Lesung alles auf Verständigung und Verständigung angelegt. Je zurückhaltender aber die Regierung war, um so herausfordernder benahm sich das Junkertum. Den Ausschlag in der Ablehnung haben wiederum die Nationalliberalen gegeben. Von 65 anwesenden Nationalliberalen stimmten 33 für und 32 gegen die Vorlage. Die ganze Abgeordnetenhaus-Fraktion der Nationalliberalen hat also nur eine Stimme in die Waagschale des gleichen Wahlrechts geworfen. Die Fraktion bedeutete für diese Abstimmung also weniger als die 5 unabhängigen Sozialisten und selbst als die 2 Dänen. Von den Freikonservativen stimmte übrigens auch Dr. Vredt neben Dr. Krenndt, v. Kardorff und Dr. Wagner für das gleiche Wahlrecht.

Der heutige amtliche General- und Admiralstabsbericht.

Großes Hauptquartier, 3. Mai.
Westlicher Kriegsschauplatz.
An der Schlachtfrente lebte der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten auf. Starker Feuerwirkung folgten feindliche Teilangriffe südlich von Villers-Bretonneux und auf dem Westufer der Aisne. Im Gegenstoß machte wir Gefangene. Im übrigen beschränkte sich die Infanterie auf Erkundungen.
An der lothringischen Front hielt rege Tätigkeit des Feindes an.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Ukraine.
Aus der Linie Jekaterinoslaw—Charkow sind wir in das Don-Gebiet einmarschiert. Am Arow'schen Meer haben wir Taganrog besetzt.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der heutige Versenkungsbericht.
Berlin, 3. Mai. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz sind wiederum 19 000 Br.-Reg.-T. vernichtet worden. Zwei Dampfer wurden im Kermelkanal aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Namentlich festgesetzt wurden der englische Dampfer „Knight Templar“ (7175 Br.-Reg.-T.) und der englische Raafschoner „Wilson“.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.
*
Amsterdam, 3. Mai. (Reuter.) Nach einer amtlichen Meldung wurde das britische Kanonenboot „Cowslip“ am 25. April durch einen Torpedoschiff versenkt. Das Torpedoschiff Nr. 90 ist am 25. April bei stürmischem Wetter untergegangen.

Der dritte Tag der Lesung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus.

140. Sitzung vom 2. Mai, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews. Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlagen.

Die allgemeine Aussprache wird bei den §§ 1 und 3 fortgesetzt.

Abg. Dr. Rewoldt (frk.): Die Staatsregierung trägt die Verantwortung dafür, daß die Wahlrechtsvorlage in dieser Zeit eingebracht wurde, in der unser Vaterland ringsum von Feinden bedroht war. Wir halten diese Vorlage für ein nationales Unglück. Würde die Sozialdemokratie die Macht erlangen, so würde sie sich nicht einen Tag besinnen, die Republik zu erklären. Wir wollen mit der Staatsregierung nicht die Verantwortung dafür teilen, daß das preußische Staatsschiff in solcher Richtung gesteuert wird. Wenn wir die Vorlage ablehnen, kann sie immer noch zurückgezogen und der für sie verantwortliche Minister kann entlassen werden. (Seitertzeit links.) Außerdem kann die Regierung den Landtag auflösen. Eine Auflösung im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre aber staatsrechtlich eine Unmöglichkeit. In der Begründung der letzten von uns angenommenen Regierungsvorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode wird ausdrücklich gesagt, daß allgemeine Neuwahlen ausgeschlossen sind, solange Millionen von Wählern draußen im Felde stehen. Unterzeichnet: Drews! Wie wollte die Staatsregierung es verantworten, diesen Millionen Bürgern in der wichtigsten Frage unseres Staatslebens die Äußerung ihrer Meinung unmöglich zu machen? Trotz alledem will man die Vorlage durchdrücken mit dem Schlagwort der Staatsnotwendigkeit. Wie soll es dem Ansehen der Krone dienen, wenn mit Ach und Krach diese Vorlage durchgedrückt wird unter dem Antriebe der Sozialdemokratie! Wir lehnen die Vorlage als überzeugte Monarchisten ab, denn sie würde die Grundlage der deutschen Monarchie in der Versenkung verschwinden lassen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

In dankenswerter Weise hat Dr. Rewoldt sich mit dem Gedanken auseinandergesetzt, was zu geschehen habe, wenn die Regierungsvorlage nicht angenommen wird. Er hat den Weg der Auflösung als einen ganz besonders unangabaren bezeichnet. Auch ich würde es nicht als im Interesse des Landes gelegen erachten, wenn in der jetzigen Zeit zur Auflösung geschritten werden müßte. Der Vordredner hat auch weiter die Begründung der Vorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode als einen Beweis gegen die Vornahme von Neuwahlen herangezogen.

Der Minister des Innern hat aber schon darauf hingewiesen, daß dieser Gesichtspunkt allerdings maßgebend sei bei normalen Wahlen, daß aber in einer bestimmten Notlage die königliche Staatsregierung auch das Recht der Auflösung habe. Ich kann nur erklären,

daß die Staatsregierung endgültig erst bei der dritten Lesung Stellung nehmen wird.

(Zuruf v. d. N. Soz.: Ruhhandel!), denn es kann zwischen der zweiten und dritten Lesung doch wohl eine Verständigung möglich sein, wie bereits der Ministerpräsident angedeutet hat. Der Vordredner hat ziemlich scharf auf die Unwilligkeit hingewiesen, daß bei eventuellen Neuwahlen die im Felde befindlichen Wähler nicht mitwählen können. Das ist gewiß außerordentlich unerwünscht. Aber auch über diese Schwierigkeit muß man im Notfall hinwegkommen. Umso mehr, als Sie mit guten Gründen nicht annehmen können, daß die Mehrzahl der draußen stehenden Wähler es läßt nehmen würden, wenn ihnen eine Erweiterung ihrer Rechte zuteil würde. (Lebhafte Zustimmung links.) Vielmehr würden sie es übernehmen, wenn ihnen statt des von der Regierung vorgeschlagenen Wahlrechts ein Pluralrecht aufgedrängt würde. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Man darf nicht übersehen, daß die Regierungsvorlage auf einem ganz bestimmten formalen Prinzip beruht, dessen Boden verlassen wird, wenn man das Pluralwahlrecht annimmt. (Beifall links.)

Abg. von Kardorff (b. keiner Partei): Die Ausführungen, die ich zu machen habe, sind der Grund meines Ausscheidens aus einer Partei, an der ich mit allen Fasern meines Herzens gehehen habe. Ich bin ein unbedingter grundsätzlicher Gegner des gleichen Wahlrechts. Ich bin aber trotzdem bereit, unter der Voraussetzung wirksamer Kantelen auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten, weil ich es für notwendig halte. An der Spitze aller Gründe steht für mich der Julius und Augustus von Preußen, dem ich eine außerordentlich große Bedeutung beimesse. Der Erlass hat wie eine Bombe eingeschlagen. Wenn die Vorlage nicht angenommen wird, versteht es sich von selbst, daß die Regierung gezwungen ist, aufzulösen. Wenn dann die Neuwahlen unter der Autorität der Regierung eine ganz andere Machtverteilung bringen, dann sind wir nicht mehr in der Lage, diejenigen Kantelen zu schaffen, wie es heute noch möglich ist. (Sehr richtig! links.) Um den Schutz des Deutschlands in den Ostmarken sicherzustellen, müssen wir dort die Verhältniswahl einführen. Ich erblicke meine Aufgabe darin, dem Lande in großer schwerer Zeit zu meinem Teil gute Dienste zu leisten. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Otto (natl.): Mit einem Teile meiner Fraktion stehe ich auf dem Boden der Vorlage. Preußen wird unter dem allgemeinen Wahlrecht nicht

zugrunde gehen. Das preussische Königswort muß eingelöst werden. Alle Befürchtungen dagegen sind nur Kleinlichkeiten. Wir können nicht gegen den Sinn der Weltgeschichte aufstehen, und Preußen darf sich nicht in der Welt isolieren.

Abg. Dr. v. d. Osten (kons.): Die konservative Partei wird bei ihrer Ablehnung der Vorlage nicht von der Furcht vor dem Verlust ihrer Machtstellung in Preußen geleitet (Widerspruch links.) Das gleiche Wahlrecht wäre ein Geschenk für unser Volk, das politisch noch nicht geschult ist. Das gleiche Wahlrecht soll als Mittel zum Zweck dienen, um die politische Macht zu erlangen und um den Kampftampf der Arbeiter zu fördern.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Als Redner waren noch gemeldet die Abg. Dr. Porsch (Zentr.), Traub (lib), Kanow (Wpt.) und Hub (Soz.).

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Dr. Pashnide und v. d. Osten.

Die Abstimmung.

Um 3 Uhr nachmittags wird zur Abstimmung geschritten, zunächst über die §§ 1 bis 3, nachdem ein Antrag des Abg. Bredt (freil.) auf Aussetzung der Abstimmung zurückgezogen war.

§ 1 bestimmt, daß wahlberechtigt jeder Preusse ist, der 25 Jahre alt und seit wenigstens 3 Jahren Preussengehörig ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts und Herabsetzung des Wahlalters wird abgelehnt. Für das Frauenstimmrecht stimmen mit den Antragstellern einige Fortschrittler. Ein fortschrittlicher Antrag, der die Erlangung des Wahlrechts durch Fortfall der Frist für die Staatsangehörigkeit erleichtern will, wird abgelehnt.

§ 1 wird unverändert angenommen.

§ 2, der feststellt, wer von der Wahlberechtigung ausgeschlossen ist, wird angenommen.

Das gleiche Wahlrecht.

§ 3 der Regierungsvorlage lautet: Jeder Wähler hat eine Stimme.

Die Ausschussfassung hierzu gibt die Möglichkeit von 6 Zusatzstimmen. Dazu liegt ein Antrag Lohmann (natl.) vor, der ein Zweistimmenrecht vorseht.

Die namentliche Abstimmung über den § 3 der Regierungsvorlage hatte folgendes Ergebnis: Es wurden im ganzen 422 Stimmen abgegeben. Mit „ja“ stimmten 183 Abgeordnete, mit „nein“ 235. Der Abstimmung enthielten sich 4 Abgeordnete.

Gegen das gleiche Wahlrecht stimmten die Konservativen nahezu geschlossen, auch die große Mehrheit der Freikonservativen stimmte dagegen, sowie die Hälfte der Nationalliberalen, vom Zentrum einige Abgeordnete. Für das gleiche Wahlrecht stimmten geschlossen die Fortschrittler, Sozialdemokraten, auch die Unabhängigen Sozialdemokraten, die große Mehrheit des Zentrums und die Hälfte der Nationalliberalen.

Es folgte die Abstimmung über den § 3 in der Ausschussfassung, die ebenfalls namentlich ist und unter Erregung des Hauses vor sich geht. Der Ausschussantrag wurde mit 232 gegen 182 Stimmen mit 2 Enthaltungen angenommen.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. — Schluß 4 1/2 Uhr.

*

Zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Heute das Verlangen an die Regierung zu stellen, daß sie doch noch von dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechts abgehen solle, bedeutet eine Zumutung, deren Erfüllung man von vornherein nicht erwarten darf. Es ist von der Regierung gefordert worden, daß sie schon jetzt das äußerste Mittel, nämlich die Auflösung des Abgeordnetenhauses, anwenden solle. Die Auflösung ist aber doch nur ein letztes Mittel, das nur dann angewandt werden darf, wenn es andere Wege, das Ziel zu erreichen, nicht mehr gibt. In der „Frei. Ztg.“ heißt es: „Warten wir ohne große Zuversicht ab, was bei weiteren Verhandlungen herauskommt. Die bisher vorgeschlagenen Sicherungen können vom Boden freiheitlicher und natürlicher Entwicklung nicht gebilligt werden. Weder die Festlegung des konfessionellen Charakters der Volksschulen noch irgend welche Experimente mit der Abgrenzung der Wahlkreise können als Kompensationen in Betracht kommen.“ Die „Germania“ meint, die Rede des Abgeordneten von Kardorff habe von einer echt staatsmännischen Gesinnung gezeugt und sei von jenem konservativen Geist getragen, den man als wirklich staatsberhaltend anerkennen müsse. Die „Voss. Ztg.“ glaubt allerdings nicht daran, daß die wahrhaft konservativen Darlegungen des Herrn von Kardorff auf die Rechte besonderen Eindruck gemacht haben. Das „Berl. Tagebl.“, das ebenso wie die „Frei. Ztg.“ es für richtig gehalten hätte, wenn die Regierung sofort zur Auflösung geschritten wäre, sagt: Die Mehrheit der Reinsager ist so stattdich, daß auf einen anderen Ausfall der Abstimmung in der dritten Lesung unter sonst gleichen Bedingungen auf keinen Fall gerechnet werden kann. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Sozialdemokratie wird die Resultate der Verhandlungen bis zur dritten Lesung abwarten, ehe sie endgültig zu ihren Stellung nimmt. Aber unser Vertrauen zu einer annehmbaren und günstigen Entwicklung der Dinge ist äußerst gering.

An die Organisationen der Fortschrittlichen Volkspartei!

Das preussische Abgeordnetenhaus steht vor folgender Entscheidung. Wird das gleiche Wahlrecht abgelehnt, so muß das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden. Die rechtzeitige Klärung der Partei ist geboten. Wir fordern unsere preussischen Parteigenossen auf, ungefümt für die Kampfbereitschaft unserer Organisationen zu sorgen. Das preussische Volk steht an einem Wendepunkt seines Geschicks. Der Kampf gilt der freiheitlichen Ausgestaltung des Staatswesens und der Verwirklichung des gleichen Rechts aller. Es geht um Preußens Zukunft.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei:

Dr. Wiemer, Vorsitzender.

Deutscher Reichstag.

155. und 156. Sitzung vom 1. und 2. Mai.

Im Reichstag nahm am Mittwoch die große Mehrheit mit Befriedigung die Erfüllung einer lange ausgesprochenen Forderung zur Kenntnis. Es handelt sich um die

Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung,

der Gefängnisstrafe für Streikausbrechungen gegen Arbeitswillige vorseht. Nur die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen verhielten sich ablehnend. Sie glauben, daß das allgemeine Strafgesetzbuch beim Schutze der Arbeitswilligen nicht ausreicht. Die Vorlage wurde gleich in 1. und 2. Lesung angenommen. Dann begann man noch die

erste Lesung des Arbeiterkammergesetzes.

Am Donnerstag lehte der Reichstag vor fast leeren Bänken (von 397 Reichstagsabgeordneten waren 18 anwesend) die erste Lesung des Arbeiterkammergesetzes fort. Es wurden besonders von sozialdemokratischer Seite lebhafteste Bedenken laut. Auch das Zentrum trägt Bedenken und zwar gegen die Einbeziehung der Angestellten in die Arbeiterkammern. Die Nationalliberalen schlossen sich dem an. Die Vorlage ging dann an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern. Hierauf begann die zweite Lesung des Staats des Reichswirtschaftsamtes. Der erste Redner Meyer-Straußbeuren (Ztr.) vertrat nachdrücklich die Forderung, daß der Staat in das Wirtschaftsleben nur eingreifen soll, wo es unbedingt notwendig ist. Im Gegenzug zu dieser Auffassung sprach sich Abg. Südekum (Soz.) für ein kräftiges Zulassen der Regierung bei der Regelung der wirtschaftlichen Fragen aus.

Um 6 Uhr vertagte das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr.

Der „Unabhängige Sozialdemokratische Zeitungsdienst“ kündigt an, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten den Entwurf des Arbeiterkammergesetzes in der jetzigen Fassung ablehnen werden. Aus der Begründung dieser Haltung ist hervorzuheben, daß die Unabhängigen erklären, „zu dieser Gewerkschaftsbürokratie“ das Vertrauen verloren zu haben.

Die neuen Steuern im Hauptauschuss.

Die Erhöhung der Postgebühren angenommen.

Am Mittwoch begann der Hauptauschuss des Reichstags die

Beratung der Steuervorlagen.

Zu Beginn wurde festgestellt, daß eine Mehrheit des Reichstags den Besiz in schärferer Weise heranziehen will als die Vorlagen. Da die Fraktionen über die Art, wie dies geschehen kann, noch Vorbesprechungen pflegen wollen, wurde dieser Punkt im Ausschuss zunächst zurückgestellt. Die Regierung erklärte sich bereit, eine Statistik über den Wehrbeitrag vorzulegen. Der Ausschuss stellte dann die Forderung, daß eine Bundesratsverordnung erlassen werde zur

Sicherung der Luxussteuern.

Es soll dadurch verhütet werden, daß vor dem Inkrafttreten der Luxussteuer steuerfrei in großem Umfange Goldankäufe und Luxuswerbungen erfolgen. Reichsfinanzminister Graf Rüdern erklärte sich zu solchen Maßnahmen bereit. Der Ausschuss beriet dann zunächst die

Reichsabgabe für die Post- und Telegraphengebühren. Die Sozialdemokraten beantragten die Aufhebung der Postfreiheit der Fürsten. Abg. Südekum (Soz.) äußerte große Bedenken gegen die Portoverteuerung. Abg. Dr. Pfleger erklärte die Beseitigung der Postfreiheit durch Reichsgesetz für unmöglich, da Sonderrechte der Einzelstaaten, insbesondere Bayerns, im Wege ständen. Solche Reservate könne kein Reichsgesetz beiseite schieben. Aus der Mitte des Ausschusses wurden zahlreiche Anträge zur Abänderung der Tariffätze gestellt, die Staatssekretär Müllin alle bekämpfte. Er machte dabei Mitteilung von der Vorbereitung eines Gesetzes über die Postfreiheit der Fürsten. In der Debatte wurde festgestellt, daß auf dem Verwaltungswege auch die Telephon- und Telegraphenfreiheit für die Fürsten eingeführt worden ist. Dagegen erhob die linke lebhafte Widerspruch. Der Ausschuss beschloß die Einsetzung eines Unterausschusses für die Prüfung der Tariffätze.

Am Donnerstag wurden die Vorlagen auf Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren angenommen. Ein Unterausschuss hatte sich mit den Anträgen auf Abänderung einzelner Briefsätze beschäftigt. Ueber die Arbeiten dieses Unterausschusses erstattete Abg. Göttsch (Wp.) Bericht. Der Unterausschuss empfahl die Ablehnung aller Abänderungsanträge, und der Hauptauschuss schloß sich dem an. Dann wurden die Tariffätze der Regierungsvorlage angenommen und ebenso die Anmerkung, daß für dringende Telephongespräche die Reichsabgabegebühr in Höhe der Abgabe für nicht

bringende Gespräche zu erheben ist. In einer weiteren Anmerkung wurde das Recht der Post ausgesprochen, zum Zweck der Prüfung auf ihren Inhalt die Öffnung der Pakete an Amtsstelle zu verlangen. Der Ausschuss grenzte dieses Recht auf einen Antrag Gotthein näher ab. Weiter wurde ein freisinniger Antrag angenommen, die Postfreiheit der Fürsten zu beseitigen, soweit sie nicht auf Staatsverträgen beruhe. Staatssekretär Müllin hatte vorher erklärt, daß durch weitergehende Beschlüsse in dieser Frage die Vorlage unannehmbar werde.

Die Aenderung des Wechselstempelgesetzes erfolgte dann ohne Aenderung. Bei

Beratung des Umsatzsteuergesetzes

forderte ein freisinniger Antrag, daß nur die Lieferungen besteuert werden sollen, nicht die Leistungen, und daß man die freien Verufe ganz von der Steuer befreie. Um diesen Punkt drehte sich dann die ganze Debatte. Die Regierung ließ erklären, durch die Befreiung der Leistungen würden 100 Millionen Mark zum mindesten ausfallen, und die Befreiung der freien Verufe werde, wenn sie finanziell auch nur von geringerer Bedeutung sei, Mißstimmung erregen. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, um beurteilen zu können, wieviel man durch diese Art der Besteuerung ausbringen dürfe, müsse man zuerst wissen, wie stark denn eigentlich der Besitz herangezogen werden solle. Das Zentrum ließ erklären, daß es im Prinzip für die Regierungsvorlage sei, ebenso die Konservativen und die Nationalliberalen.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Die Zufuhren aus der Ukraine.

Nach telegraphischen Meldungen aus Kiew sind in den letzten Tagen des Monats April an den Versandplätzen etwa zwei Millionen Zentner Getreide und Futtermittel zur Verfügung der Mittelmächte gestellt worden. Von den späteren Lieferungen im Juni und Juli kommt der größere Teil nach Deutschland. Aber auch von den ersten Lieferungen sind bereits Sendungen über die Landgrenze nach Deutschland unterwegs. Inzwischen sind in Brasilien bereits 30 000 Zentner Getreide eingetroffen, die mit der Eisenbahn nach Deutschland unterwegs sind. Ob sich die Hoffnung, daß aus dieser Quelle bald größere Mengen Lebensmittel in Deutschland eintreffen, erfüllt, hängt in erster Linie davon ab, ob es gelingt, die äußerst schwierigen Fragen der Finanzierung unserer Ankäufe und des Transports der großen Warenmengen befriedigend zu lösen.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 3. Mai 1918.

Der Hanja-Bund zur Gestaltung der Uebergangswirtschaft.

Zu einer Beratung über die Gestaltung der Uebergangswirtschaft hatten sich auf Einladung des Hanja-Bundes die Vertreter von Gewerbe, Handel und Industrie äußerst zahlreich am 30. April in der Philharmonie zu Berlin, eingefunden. Ueber die drei Grundpfeiler der Uebergangswirtschaft: die Valutafrage, die Schiffraumfrage und die Rohstofffrage, sprachen drei verschiedene Redner. Da für unseren Bezirk der Vortrag des Syndikus Dr. Behrsten (Berlin) über die Rohstoffversorgung und Regelung der Uebergangswirtschaft in der Textilindustrie von besonderer Wichtigkeit ist, so seien einige Hauptpunkte daraus nachstehend wiedergegeben:

Der Redner führte aus, daß für die Einfuhr von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten für die Textilindustrie nach dem Kriege nur die private Initiative eines jeden einzelnen in Frage kommt, da ein gemeinsamer Einkauf sich nicht organisieren lasse. Bei dieser Sachlage ist es gefährlich, dem Reichsminister über den zu schaffenden Wirtschaftsstellen die Ermächtigung zu geben, die Verteilung und Verarbeitung der Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate zu regeln. Der Redner sprach seine Ueberzeugung dahin aus, daß das Damoklesschwert der Beschlagnahme, Enteignung und Verteilung, das über dem Importeur hängt, lähmend auf die Einfuhr wirken wird.

Auch der Gedanke, die Waren nach dem Kriege nur nach ihrer Dringlichkeit nach Deutschland hereinzulassen, ist undurchführbar, da er auf den Widerstand der ausländischen Staaten stoßen wird. Es ist beispielsweise nicht anzunehmen, daß Amerika Deutschland Baumwolle liefert, wenn wir nicht auf amerikanische Maschinen, Klaviere und sonstige Waren, die Amerika uns vor dem Kriege geliefert hat, eintreten. Da die Gegenleistungen, die wir bei einem Kompensationsverkehr gewähren können, auf deutscher Seite geringer sind als der deutsche Bedarf an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten, werden die ausländischen Staaten stets durchsehen, daß wir die Einfuhr von Waren mit zulassen müssen, die wir eigentlich gar nicht haben wollen. Die Absicht des Reichswirtschaftsamtes, der Industrie nach dem Kriege vorzuschreiben, zunächst nur Waren für den dringendsten Bedarf herzustellen, ist gefährlich, da sie zur Stilllegung ganzer Industriezweige führen muß.

Die Frage der Versorgung der Textilindustrie mit neuen Rohstoffen wird in nicht sachmännischen Kreisen mit viel zu viel Pessimismus beurteilt. Der Rohstoffverbrauch an Rohstoffen, der durch die Absperrung Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Polens, Belgiens und Nordfrankreichs von den Rohstoffmärkten während der Kriegsjahre entstanden ist, kann von der übrigen Textilindustrie der Welt nicht vollständig mehrverarbeitet worden sein. Die deutsche Textilindustrie wird auch infolge der Desorganisation ihrer Betriebe gar nicht in der Lage sein, sofort wieder ihre volle Leistungs- und Produktionsfähigkeit zu erreichen.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 3. Mai 1918.

Sonderzuweisungen von Schuhwerk.

Ueber eine Sonderzuteilung von Schuhwaren erläßt die Reichsstelle für Schuhversorgung jetzt zwei Bekanntmachungen, die am 30. April in Kraft getreten sind.

Auf dem Wege der Sonderzuweisung können beliefert werden: einmal Behörden und öffentliche Anstalten, auch Wohlfahrtsvereine, deren Gemeinnützigkeit die höhere Verwaltungsbehörde ihres Sitzes anerkannt hat, soweit es sich um Schuhwerk handelt, das im Betriebe selbst benötigt wird und zur ausschließlichen Verfügung der anfordernden Stellen bleibt. Des ferneren können Gemeinden und Gemeindeverbände Schuhwerk zur Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung zugewiesen erhalten; Voraussetzung ist dabei allerdings, daß sie bereit sind, bei der Abgabe zu dem aufgestempelten Verkaufspreis einen Zuschuß von 10 % aus eigenen Mitteln zu leisten; das bedingt dann aber auch, daß der Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels seinerseits 10 % nachläßt, so daß die minderbemittelte Bevölkerung die Schuhe um 20 % unter dem üblichen Preis

erhält. Endlich wird Schuhwerk für bestimmte Berufsgruppen im Wege der Sonderzuweisung zugewiesen und zwar: für Bergwerks- und Grubenarbeiter aller Art, für Arbeiter in Rüstungsbetrieben, für Eisenbahnarbeiter im Außendienst, für Wald- und Forstarbeiter, für in der Landwirtschaft und im Weinbau erwerbstätige Personen, für Fischerei- und Wasserbauarbeiter, für Hilfsdienstpflichtige, die zum militärischen Wachdienst einberufen sind, für Telegraphenbauarbeiter und Landbriefträger und für sonstige staatliche und gemeindliche Angestellte, die im Außendienst einen kriegswichtigen Beruf ausüben, in besonders dringenden Fällen.

Für die Sonderzuweisungen kommt in erster Linie Kriegsschuhwerk mit Holzsohlen

in Betracht. Die Zuteilung von Lederschuhwerk ist nur für solche Fälle vorgesehen, in denen die Benutzung von Kriegsschuhwerk die Ausübung des Berufes unmöglich machen oder Leben und Gesundheit gefährden würde.

Das für Bergwerksarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Forstarbeiter und erwerbstätige Personen in der Landwirtschaft bestimmte Berufsschuhwerk wird auf Grund eines allgemeinen Planes verteilt und in bestimmten Zeitabschnitten an die für die Weiterverteilung vorgesehenen Stellen geliefert. Im übrigen erfolgen die Zuteilungen von Fall zu Fall auf Grund besonderer Anforderungen, die von den Unternehmungen, den Behörden, Anstalten usw. auf besonderen Vordruck zu stellen und bestimmten Prüfungsbehörden, z. B. für die Rüstungsbetriebe den Kriegsamtstellen, vorzulegen sind.

Die anfordernden Behörden können das Schuhwerk entweder unmittelbar oder durch Vermittelung des Kleinhandels erhalten; privaten Unternehmungen wird das Berufsschuhwerk stets unmittelbar geliefert; sie haben das Schuhwerk an ihre Arbeiter selbst zu verteilen und hierüber genau Listen zu führen. Schuhwerk, das die Arbeiter im Wege dieser Sonderzuteilung erhalten, wird bei der Prüfung der Bedarfsberechnung nicht in den Bestand von gebrauchsfähigen Schuhen und Stiefeln miteingerechnet.

Die „teuren“ Orte des Kreises Waldenburg.

Der Verband der Beamtenvereine des Kreises Waldenburg hielt im Gasthof „Bierhäuser“ eine Vertreterauskunft ab. Der Vorsitzende, Oberlehrer Botin, berichtete über das Ergebnis der persönlichen Verhandlungen zweier Vorstandsmitglieder mit dem Oberpräsidenten wegen Einreichung der Industrieorte des Kreises unter die zum Bezuge des 20prozentigen Zuschlages zu den Steuerungszulagen berechtigten Gemeinden. Die beiden Vertreter, Oberlehrer Botin und Bergrevieramtssekretär Falk, legten in Breslau die Verhältnisse des Industrieortes Waldenburg eingehend dar, und wiesen nach, daß in unserem Kreise allgemein die gleichen Steuerungsverhältnisse wie in der Großstadt herrschen, unter denen die gesamte Beamtschaft des Kreises sehr leide.

Der Oberpräsident erkannte die Darlegungen als berechtigt an, betonte aber, daß er nach den maßgebenden Bestimmungen leider nicht in der Lage sei, dem Wunsche des Verbandes der Beamtenvereine entsprechend alle Orte des Kreises mit überwiegend industrieller Bevölkerung zu diesen Orten zu rechnen.

Es können nur Waldenburg mit seinen Vororten, das sind Altwasser, Ober Waldenburg, Dittersbach, Nieder Hermsdorf und Weißstein als zuschlagsberechtigt anerkannt werden, wozu noch Bad Salzbrunn und die großen Industrieorte Zellhammer und Gottesberg kommen. Auf die dringenden Vorstellungen der Vertreter des Verbandes, doch den Begriff Vororte wenigstens auf alle Orte auszudehnen, die mit der Stadt Waldenburg durch die elektrische Straßenbahn verbunden sind, versprach der Oberpräsident, die Frage noch einmal zu prüfen.

In lebhafter Aussprache wurde dieses Ergebnis allgemein bedauert. Beschlossen wurde, die schriftliche Entscheidung des Oberpräsidenten abzuwarten, um dann gegebenenfalls noch einmal durch die Landtagsabgeordneten beim Finanzminister vorstellig zu werden. Gerichtsvollzieher Schneider erläuterte die an alle Mitglieder zur Verteilung gelangenden Fragebogen betreffend Wohnungsgeldzuschuß oder Mietsensschädigung. Beschlossen wurde ferner, die Einladungen zu den Sitzungen fortan nicht mehr durch Karten, sondern die hiesigen Zeitungen ergehen zu lassen. Zum Schlusse wurde die Frage des allgemeinen Kohlenrabattes für die Beamten besprochen. #

Kriegsauszeichnung.

Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielt der Kapseldreher Kauer bei der Firma Carl Krister hier.

Personalie. Dem Königl. Bergassessor a. D. Paul Eckert, Generaldirektor der Fuchs- und Davidgrube zu Neu Weißstein, wurde der Charakter als Bergtrat verliehen.

Silbernes Dienstjubiläum. Auf eine 25jährige Dienstzeit konnte der Ober-Postschaffner Robert Stöcker aus Waldenburg am 1. Mai zurückblicken, der seit 1905 bei dem hiesigen Postamt tätig ist.

Der landwirtschaftliche Hausfrauenverein beschloß in seiner Monatsversammlung am Mittwoch l. den dringenden Appell an die deutsche Landwirtschaft, abzuliefern was irgend möglich sei, und 2. in diesem Jahre tunlichst viel Kartoffeln anzubauen.

verfahren, wie ich es bestimme. Es finden sich nur Aufzeichnungen darin. Sie werden Dir erklären, wie ich zum menschlichen Sondereiling wurde nach meiner flott verlebten Jugend. Auch das werden Dir diese Aufzeichnungen erklären, warum ich einer Dir fremden Person, mit der auch ich nie in persönliche Berührung kam, ein verhältnismäßig großes Kapital vererbt habe. Ich denke zu groß von Dir, mein lieber Hans, als daß ich annehmen würde, Du könntest etwas dagegen einzuwenden haben, wenn ich Dir sage, daß es mir tiefstes Herzensbedürfnis ist, für diese Person zu sorgen. Ich würde Dir also vielleicht gar nicht erst davon gesprochen haben, wenn ich Dir nicht zugleich eine Bitte hätte aussprechen wollen, die damit zusammenhängt.

Hier schloß Justus Hartau das Kästchen sorgsam wieder in den Geldschrank. Die beiden Herren nahmen nachmals Platz. Justus Hartau starrte eine Weile vor sich hin, als wären seine Augen plötzlich etwas Durchdringendes vor sich aufsteigend. Hans blickte ihn erschrocken an. Das Gesicht des Onkels war schlaff und fahl und in seinen Augen lag ein Grauen.

„Onkel Justus, was ist Dir?“ fragte er besorgt.

Der alte Herr zuckte zusammen.

„Wie — was meinst Du? Habe ich etwas gefragt? Höre nicht darauf — ich bin ein wenig wunderlich“, fließ er hervor.

„Du sprichst nichts, Onkel Justus. Aber Du sagst so fonderbar aus, deshalb rief ich Dich an.“

„Ja, ja — es ist gut. Sprechen wir nicht weiter darüber. Von was sprachen wir doch vorher?“

„Du sprichst von einer Persönlichkeit, die Du in Deinem Testament bedenken wolltest.“

Der alte Herr strich sich über die Augen. Er schauerte wie im Frost zusammen.

„Ja, richtig — von Maria Jung. Es ist eine Dame, der ich das Geld hinterlassen will — eine noch junge Dame. Und von ihr wollte ich noch mit Dir sprechen. Diese junge Dame hat bis vor etwa Jahresfrist mit ihrer Mutter in einer Dillvorstadt Berlins gelebt. Die Mutter ist gestorben und der Vater —“

Justus Hartau starrte wieder vor sich hin. Aber dann zwang er sich, seine Rede zu vollenden.

(Fortsetzung folgt.)

Tageskalender.

4. Mai.

1776: * der Philosoph Herbart in Olsenburg († 1841). 1814: Antoinette Napoleons auf Elba. 1825: * der Naturforscher Huxley in Gasing († 1895). 1912: † der Schriftsteller Edwin Bornmann in Leipzig (* 1851).

Du von allem nichts, und wenn Du wieder aufstehst und ins Freie gehen kannst, dann ist alles wie zuvor. Du hast dann nur einige Meter weniger Raum zu Deinen Spaziergängen, aber daran wirst Du Dich auch gewöhnen.“

Der alte Herr zögte und schloß nun zwar noch ganz jämmerlich, aber schließlich erklärte er sich doch einverstanden. Hans ließ nun sofort die Arbeiter mit Wollwolle vornehmen, denn ihm lag auch viel daran, möglichst bald wieder nach Sudnitz zurückkehren zu können, weil ihn ein Magnet nach Kronach zog.

Da es auf den Kostenpunkt nicht ankam, ging alles flott vonstatten, und in zehn Tagen war alles in Ordnung.

Und als der letzte Arbeiter von dem Grundstück verabschiedet war, verließ Justus Hartau sein Lager und ging, auf seinen Reffen gestützt, ein halbes Stündchen in seinem verkleinerten Garten spazieren. Er sammelte zwar heftig, daß man ihm den Platz so beschränkt hatte, aber man mußte schon so ein reicher Mann sein wie Justus Hartau, wenn man sich im Westen Berlins einen so großen Garten zur eigenen Benutzung halten konnte. Und es half ihm alles Sammeln nichts. Auch für die reichsten Leute gibt es zuweilen unerfüllbare Wünsche.

All die Aufregungen hatten den alten Herrn so matt gemacht, daß er ernsthaft mit seinem nahen Ende rechnete, obgleich er in Wahrheit noch eine sehr kräftige Konstitution hatte. Und deshalb hatte er noch eine ernste Unterredung mit seinem Reffen kurz vor dessen Abreise.

„Ich werde sofort nach Deiner Abreise mein Testament machen, mein lieber Hans. Du weißt ja, daß Du als mein einziger Verwandter mein Haupterbe bist, aber ich möchte doch einige Legate aussetzen. Und dann — es lebt eine Persönlichkeit, der ich einen Bruchteil meines Vermögens testamentarisch vermachen möchte — um ihre Zukunft sicherzustellen. Das wollte ich Dir sagen. Ich gedente ihr eine halbe Million auszusetzen. Du kannst das wohl berücksichtigen.“

Hans von Dornau nickte lächelnd.

„Darüber brauchst Du Dir keine Kopfschmerzen zu machen, Onkel Justus. Ich bin ja ohnedies reich genug.“

„So ist es. Und nun merke auf. In meinem Geldschrank findest Du, falls ich sterben sollte, ein kleines, silbernes Kästchen — komm, ich will es Dir zeigen.“

Justus Hartau führte seinen Reffen vor seinen Geldschrank, öffnete diesen und nahm einen flachen, silbernen Kasten heraus. Den zeigte er Hans. Und er übergab ihm einen kleinen Schlüssel dazu.

„Bitte, nimm ihn an Dich und verwahre ihn gut. Von dem Inhalt dieses Kästchens sollst Du nach meinem Tode Kenntnis nehmen und damit

Die Vorsitzende teilte mit, daß zwecks besserer Gemeinverlebung Verhandlungen mit der Plegnitzer Organisation eingeleitet seien.

Verwundetenabzeichen. Das Hauptmeldeamt des Bezirkskommandos Waldenburg schreibt uns: Zwecks Abschluß der Vorschlagsliste für das Verwundetenabzeichen werden die in Frage kommenden Personen (auschl. Kriegsverwundetenempfänger) aufgeföhrt, soweit ihre Meldung noch nicht erfolgte, sich bis spätestens den 10. Mai im Geschäftszimmer des Hauptmeldeamts zu melden. Militärpapiere sind mitzubringen.

Warnung vor Pfingstzügen. Die Königl. Eisenbahndirektion Breslau warnt vor nicht unbedingt nötigen Pfingstzügen. Vergnügungszüge müssen unterbleiben. Sonderzüge werden nicht geföhrt. Um eine Ueberfüllung der Züge zu vermeiden, wird nur eine bestimmte Anzahl von Fahrkarten verkauft werden. Vorverkauf von Fahrkarten findet nicht statt.

Kriegsauszeichnungen.

Oberr Waldenburg. Das Eisene Kreuz erhielt der Musiker Georg Wittwer, zur Zeit in einem Feldlazarett, früher auf Fürstensteiner Gruben beschäftigt.

Gemeindevertretung in Nieder Hermsdorf.

Nieder Hermsdorf. Die Gemeindevertretung vom letzten Mittwoch beschloß die Genehmigung des Vertrages mit dem Verband der Gemeinden im Waldenburger Industriebezirk und der Bank für Handel und Gewerbe in Waldenburg, nach dem letztere den an den Verband angeschlossenen Gemeinden Mittel zur Verfügung stellt zur Gewährung von Darlehen an Kriegsbe- und -geschädigte. Die Bürgerschaft dafür übernimmt die Gemeinde für ihren Bezirk. Die Entscheidung über die Darlehensgewährung soll von Fall zu Fall vom Gemeindevorsteher in Gemeinschaft mit der Familienunterstützungskommission getroffen werden. Sodann erhob die Versammlung Einspruch gegen die zum 1. Juli geplante Fahrpreiserhöhung der „Neutag“ auf der Strecke Marienkirche—Waisenhaus. Ortsarzt Dr. Summert soll für die Gemeinde rekamtiert werden. Mit Rücksicht auf den erheblichen Geburtenrückgang am Orte wurde die Errichtung einer eigenen Säuglingsfürsorgestelle beschlossen. Dafür wurden zur Weiterbildung des Arztes und zur Ausbildung einer Assistentin 2000 Mk. bewilligt, unter der Bedingung, daß diese Beträge zurückgezahlt werden, sobald Arzt oder Helferin den Ort innerhalb 5 Jahren verlassen. Auf einen Dringlichkeitsantrag des Gemeindevorstehers wurden in die Eierkommission gewählt: Bürgermeister Künner, Kaufmann Böhm, Hauptlehrer Pietruski, Kassenbuchhalter Zubevitz, Gutsbesitzer Schroth. Ferner wurden zu Mitgliedern

der Kriegsfürsorgestelle des 7. Bezirks (Waldenburger Grenze) Lehrer Herrmann und Frau Kaufmann Haunichs gewählt. Zur Kenntnis gelangten u. a. der Verwaltungsbericht des Verbandes der Gemeinden im Waldenburger Industriebezirk und der Bericht über die Verhandlungen des Kanalverbandes. Eine geheime Sitzung schloß sich an.

Tr. Gottesberg. Jubiläumsfeier. Am 1. Mai konnte Oberwajschmeister Adolf Köhlich aus Gottesberg auf eine 50jährige Dienstzeit bei den Schlesischen Kohlen- und Holzwerken zurückblicken. Die Direktion der Werke nahm deshalb am Mittwoch Veranlassung, in der Direktionskanzlei zu Ehren des Jubilars eine kurze, würdige Feier zu veranstalten, an der auch der Bruder des Jubilars, Holzseiger Köhlich, der bereits im Jahre 1913 sein 50jähriges Bergmannsjubiläum begehen konnte, teilnahm. Bergwerksdirektor Karst sprach dem Jubilars für seine langjährigen treuen Dienste den Dank des Aufsichtsrates und der Direktion aus, gab ihm seine Beförderung zum Tagessteiger bekannt und überreichte ihm als äußeres Zeichen der Dankbarkeit eine Brieftasche mit ansehnlichem Inhalt. Namens der Beamten des Werkes feierte Berginspektor Arold den Jubilars in einer Ansprache, in welcher er den Werdegang desselben schilderte und ihm als Angebinde der Beamten eine wertvolle goldene Uhr überreichte.

Oberr Waldenburg. Einbruchsdiebstahl. Auf dem Grundstück Chausseestraße 31 wurden durch Einbruch in den Kaninchenstall des Bergmanns Nibel in der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag 4 Kaninchen, sowie das Stallschloß gestohlen. Ein 5. Kaninchen wurde früh auf dem angrenzenden Acker wieder eingefangen. — **Schreibergärten und Ackerland für die fürstlichen Grubenarbeiter.** Ein zwischen der fürstlichen Dominal-Ziegellei und der Spinnerei von Methner & Frehne belegenes Ackerstück wurde zu Arbeitergärten eingerichtet und an die Bewerber übergeben. Das zwischen dem fürstlichen Ida-Schacht und den Butterbergen belegene, bisher vom Pächter Gottfried Berg bewirtschaftete Ackerland ist durch die fürstliche Verwaltung parzelliert und an die Angestellten und Arbeiter zur Benutzung verpachtet worden. Auch auf Waldenburger und Altwasser Gebiet sind größere Grundstücke parzelliert worden. Der Kaninchen-, sowie Schaf- und Ziegen-Zucht-Verein wurden bei der Vergebung der Parzellen berücksichtigt.

Altwasser. Verschüttet wurde auf der Segengottesgrube der Schlepper Reinhold Jädel durch Zubruchgehen eines Pfeilers. Er konnte lebend aus seiner schlimmen Lage befreit und ins Knappschafslazarett überführt werden.

Weißstein. Vom evangelischen Kinderhort. In der letzten Helferinnen- und Vorstandsversammlung des evangelischen Kinderhorts gab Fräulein Hüse einen anschaulichen Bericht über die in Breslau gehörten Vorträge aus der Hortarbeit. Für die

zwei fortzuziehenden Vorstandsmitglieder wurden Frä. Köhlich als Kassiererin und Frä. Fröhlich als Beisitzerin gewählt.

Z. Nieder Salzbrenn. Vom Evangelischen Bunde. In der in Kellers Gasthof stattgefundenen Vorstandssitzung des Zweigvereins vom Evangelischen Bunde wurde beschlossen, für vier bedürftige Kinder (Halb- und Vollwaisen) aus den Orten Nieder Salzbrenn, Sorgau und Diebichau aus Vereinsmitteln die Kriegspatenenschaft zu übernehmen. Sodann berichtete Schatzmeister Hauptlehrer Rittas über den letzt stattgefundenen Vaterländischen Familienabend, der ein erfreuliches perlunäres Ergebnis nachwies. Für die im Sommerhalbjahr ausfallenden Familienabende soll ein Vereinsausflug nach Nieder Adelsbach, gleichzeitig ein Absteher nach der Zeisburg unternommen werden. Der Verein zählt heute mit 7 neu aufgenommenen Mitgliedern 257 Mitglieder.

Charlottenbrunn. Der Pfingstjahrmarkt am letzten Montag war den Zeitverhältnissen entsprechend nur schwach von Besuchern besucht. Um die in größerer Menge eingetroffenen Topfwaren entwidete sich am Nachmittag ein ziemlich lebhafter Handel. — Vom Bade. Bei nässendem Nebel und nur 5 Grad Wärme fand wie üblich am 1. Mai die erste Morgenmusik im Kurpark vor hauptsächlich festgetrauten Zuhörern statt. Dem Choral „Lobe den Herren“ folgten verschiedene Lieder und dann kam das Deutschland-Lied an die Reihe, dem noch Märsche folgten. Neuerdings ist die Villa „Sausjouc“ als 4. Hilfslazarett belegt worden; es sollen noch weitere Villen als Lazarette eingerichtet werden, da die Ergebnisse der Kur überaus günstig sind. Augenblicklich ist daher die höchste Belegungsziffer seit Kriegsbeginn hier zu verzeichnen. Kurgäste sind ebenfalls schon vielfach eingetroffen, die sich an der jetzt ganz besonderen Pracht der Anlagen und Wälder erfreuen. Die Benutzung der Bäder ist bedeutend gestiegen und entspricht der stetig zunehmenden Besucherzahl.

Jagd und Sport.

Schlus des Berliner Schachturniers. Die Partie Mieses-Schlechter wurde am Mittwoch beendet. Sie führte zum Remis, und damit kam das Turnier zum Abschluß. Es gewannen Dr. Widmar 4½, Schlechter 3½, Mieses 3, Rubinstein 1 Zähler. Ein außerordentlicher Erfolg Dr. Widmars, der überraschend und doch wohlverdient war. Freilich war Rubinstein ganz außer Form. Schlechter leistete nicht mehr als das Mindeste, das man von ihm erwarten mußte. Anzuerkennen ist, daß er keine Partie verlor, aber er steck sich seine Ziele nicht seiner hohen Meisterschaft entsprechend weit und früh genug. Mieses hat sich bewährt. Wie das Turnier fortschritt, kam er in Uebung und mußte den ihm eigenen Stil trefflich.

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zum „Waldenburger Wochenblatt“.

Nr. 103.

Waldenburg, den 4. Mai 1918.

Bd. XXXV.

„Du Jungfer Königin.“

Original-Stroman von G. Conrath & Söhne.

(16. Fortsetzung)

Waldenburger Wochenblatt.

Sans berührte, ihn zu beruhigen, und wollte ihn veranlassen, überhaupt die Wille zu verlassen. „Komm mit mir nach Gumbitz, Onkel Sufus, da kommt Du so ruhig und zurückgekommen leben wie Du willst“, sagte er.

„Aber dieser Bedanke regte den alten Herrn noch mehr auf. Er sollte sein Sans verlassen, sollte auf die Straße gehen — gar gehen, in eine fremde Gegend, zu fremden Geschickern, er, der seit reichlich sechzehn Jahren nicht sein Heimland verlassen hatte, der den Hinblick eines Fremden Menschen nicht ertragen konnte?“

„Nein — nein — und nochmals nein.“

Man sollte ihn in Ruhe lassen. Seit sechzehn Jahren lebte er in dieser Wille, die außer seinem Vater gehört hatte, und hier wollte er sterben, wie ja auch sein Vater und seine Mutter hier gestorben waren.

Sufus Sartans Vater war Besitzer eines Eisenwertes gewesen, dem er seinen großen Reichtum verdankte. Dieses Wert hatte er in ein Aktienunternehmen verhandelt und hatte sich dann von den Geschickern zurückgezogen und hier in Berlin ein angenehmes, vergnügtes Alter verlebte.

Sufus Sartan war in seiner Jugend ein sehr leichtfertiger Mensch gewesen, der das Leben in vollen Blüten genoss und dem man viel gelante Abenteuer nachgesagt hatte. Bei Gelegenheiten seines Vaters war er viel auf Reisen gewesen und hatte sich nicht weiter um die Geschickte gekümmert. Als nun zu hatte er einmal einige Wochen auf dem Eisenwert verbracht, bei offiziellen Gelegenheiten, bei Jubiläen und Festen.

So war er auch kurz nach seines Vaters Tode wieder einmal längere Zeit auf dem Werte gewesen, um für seine Schwester, Sans von Dorhaus Mutter, und sich die Erbschaftsangelegenheiten zu ordnen.

Stimmungsbeizig Jahre hatte er damals gelebt.

Gleich nach seinem letzten Aufenthalt auf den Wert war er nach Berlin gereist, hatte in der Wille seiner Eltern Wohnung genommen und hatte hier sein zurückgekommenes Leben begonnen, zur Verwundung seiner Schwester und seines Schwagers und zur Verwundung seiner Freunde und Bekannten.

Seine Schwester war der Meinung gewesen, daß er nach all seinen leichtfertigen Abenteuer das Opfer einer ersten, großen Leidenschaft geworden war. Sie glaubte, eine unglückliche Liebe habe den Bruder so verändert. Denn seine Spuren dieser beginnenden Veränderung hatte sie schon beim Begräbnis ihres Vaters an ihm wahrgenommen, und damals hatte er ihr auf ihr dringendes Vorfragen angetan, daß eine Frau einsehend in sein Leben getreten war. Später leugnete er das freilich wieder ab und forderte sie heimlich heftig von seiner Schwester, sie möge ihn mit ihrem Stragen und Vorfragen in Frieden lassen.

Sie sah ein, daß sie nichts tun konnte, ihn dem Leben wieder zurückzugeben, und ließ ihn schließlich gedulden, sich darauf beschränkend, dann und wann nach Berlin zu kommen und nach ihm zu sehen.

Und Sufus Sartan war ein menschlicherer Considering geblieben seit jener Zeit.

Von Sans von Sartans Vorfragen, ihn nach Gumbitz zu begleiten, wollte er also nichts wissen. Er bestand darauf, in seiner Wille wohnen zu bleiben, und behauptete seinen Meinen, alle Gehebel in Bewegung zu setzen, daß man ihn in Frieden ließe. Er war sogar bereit, der Stadt eine große Summe zu zahlen, wenn man ihm bis an sein Lebensende sein Heimland behielte, wie es war.

Sans tat, um ihn zu beruhigen, alles, was er von ihm forderte. Er ging ein nächstes Tage von Pontius zu Pontius. Aber sein Verlangen war erfolglos. Und er mußte ja selbst eingesehen, daß die vorbringende Gartenmauer die ganze Straße verstopfte.

So ging er zu seinem Onkel zurück und sagte ihm, daß er nichts erreicht hatte. Der alte Herr war ganz hilflos und gefallen und wollte lieber sterben.

Er sprach ihm sein Meise nochmals vor.

„Ich will Dir einen Vorschlag machen, Onkel Sufus, Du bist jetzt ohnehin krank und kannst nicht ins Freie. Ich werde hier bei Dir bleiben, bis man eine neue Gartenmauer aufgebaut hat, die in der Säuerfront liegt. Erst wenn diese Mauer fertig ist, lasse ich die alte abreißen und den Stützgerüst in Ordnung bringen. So lasse ich, als es möglich ist, dann kann in acht Tagen alles fertig sein. Du siehst kann keinen fremden Menschen, ich nehme Dir alles ab und verlasse Dich erst, wenn die neue Mauer geflochten auf ihrem Platte steht. Dann meißt.“

Die Uebergangswirtschaft muß sich auf den Abbau der Kriegswirtschaft beschränken; jede Fortsetzung und Ausweitung der Zwangswirtschaft ist abzulehnen, demzufolge auch die Errichtung der Wirtschaftsstellen, die die Fülle der ihr zugewiesenen Aufgaben praktisch gar nicht werden erfüllen können.

In einer Eingabe an den Bundesrat sollen die Verordnungen der Regierung und die Erörterung zusammengestellt werden, um dadurch nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Textilverordnung in derjenigen Form, in der sie das Licht der Welt erblickt hat, vom Bundesrat erlassen wird.

Flucht von Gefangenen.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben: In letzter Zeit haben sich die Fluchtversuche russischer Offiziere und Mannschaften aus Gefangenenlagern und Arbeitskommandos gehäuft. Offenbar glauben diese russischen Staatsangehörigen infolge des Friedensschlusses ein Recht auf Entfernung zu haben. Dies ist nicht der Fall. Der Gefangenen-austausch erfolgt vielmehr auf Grund besonderer Verträge Zug um Zug und wird sich infolge von Transportbeschwerden usw. mindestens auf mehrere Monate erstrecken. Während dieser Zeit gelten die nicht abgetauschten Russen noch in vollem Umfang als Kriegsgefangene und haben sich infolgedessen den militärischen Anordnungen zu fügen. Die Bevölkerung und insbesondere die Gemeindevorsteher und Arbeitsgeber werden ersucht, ein wachsames Auge auf die Kriegsgefangenen zu haben und an der Verhinderung von Fluchtversuchen mitzuwirken.

— **Militärpersonalie.** Feuerwerksleutnant Jägermann von hier wurde zum Feuerwerks-Oberleutnant befördert.

+ **Ein Lehrgang über Vormundschaft und Waisenspflege für evangelische Frauen** wird zurzeit in Breslau abgehalten, dem über 200 Teilnehmer beizutreten. Ueber die Bedeutung der Frau für die kirchlich-soziale Liebesarbeit sprach Generalinsuperintendent Dr. Nottebohm. Er führte aus, daß die Waisenspflege die Krone der kirchlichen Frauenarbeit ist. Zwei Vorträge über die Kindersfürsorge in der Stadt und auf dem Lande betonten die Notwendigkeit der Aufsicht gerade auch auf dem Lande. Weitere Vorlesungen behandeln die religiöse Erziehung und die Arbeit an hilfsbedürftigen Kindern. Mit dem Lehrgang ist die Besichtigung einschlägiger Anstalten verbunden.

+ **Vom schlesischen Provinzialausschuß.** Am Mittwoch fand im Landeshaushalt in Breslau eine Sitzung des Provinzialausschusses statt. Bauhilfsgelder zum Bau öffentlicher Verkehrswege wurden u. a. auch dem Kreise Waldenburg bewilligt.

* **Ueberwachung der schlesischen Wäde- und Kurorte.** Wie verlautet, wird das Kriegswehramt in der diesjährigen Reisezeit durch Entsendung einer größeren Anzahl von Beamten in Zivil eine strenge Ueberwachung der schlesischen Wäde- und Kurorte durchführen, um die Lebensmittelfälscherei der Fremden und den Schleichhandel in den gefährdeten Bezirken unmöglich zu machen.

* **Vom schlesischen Gartenbau.** Der Ehrenauschuß der Stiftung zur Förderung des schlesischen Obst-, Gemüse- und Gartenbaues anlässlich der Jubelfeier des 50jährigen Bestehens der Kgl. Lehranstalt für Obst- und Gartenbau in Proslau O.S. im Jahre 1918 zum Besten kriegsverletzter schlesischer Gärtner, Obst- und Gemüsebauern und solcher, die im Kriege waren, weist erneut auf die Zuwendung der Stiftung hin. Es sind bis jetzt rund 12 000 Mark bei der Kassa der Deutschen Bank in Liegnitz eingezahlt worden. Die Stiftung kommt in allererster Linie schlesischen Kriegern zu Gute, die sich dem Obst-, Gemüse- und Gartenbau widmen wollen. Beiträge werden an die Kassa der Deutschen Bank in Liegnitz erbeten. Nähere Auskunft erteilt der Vorsitzende des Provinzialverbandes schles. Gartenbauvereine, Kgl. Oekonomierat Stämmeler in Liegnitz.

* **Ludendorff-Spende.** Die bisher aus den verschiedenen Teilen des Reiches gemeldeten Zeichnungen für die Ludendorff-Spende lassen erkennen, daß ihre Bedeutung u. ihr hohes Ziel in allen Kreisen des Volkes voll und ganz gewürdigt werden. Auch unsere schlesische Heimat wird bei diesem Werke nicht zurück-

stehen. Ihre stets bewiesene Opferwilligkeit und ihr hohes vaterländisches Pflichtgefühl werden sich auch hier wieder in hellstem Lichte zeigen und die Fürsorge für unsere schlesischen Kriegsverletzten in Zukunft in gesicherter Bahnen lenken. Die gestifteten Beiträge mehren sich Tag für Tag.

* **Falsche Gerüchte.** Von militärischer Seite wird uns u. a. geschrieben: In letzter Zeit ist in Schlesien das Gerücht verbreitet worden, in einem Ueberflutungsgebiet an der Westfront seien bei einem Dammdurchbruch 40 000 deutsche Soldaten ertrunken. Ein anderes in den letzten Tagen in Umlauf befindliches gewöhnliches Gerücht wollte wissen, daß im Westen 50 000 Mann auf Minenfelder geraten und umgekommen seien. In der Provinz wurde sogar erzählt, in Breslau sei aus diesem Anlaß Halbmasken gesalgt worden. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß an diesen unsinnigen Erzählungen kein wahres Wort ist.

* **Ein Bienenschwarm im April.** Bei dem Handelsgärtner Lipka in Pawlowitz (Kr. Rosel) ist am 26. April der erste Bienenschwarm herausgeflogen und eingefangen worden. Der Schwarm ist sehr stark. „Ein Bienenschwarm im Mai, ist Wert ein Fuder Heu.“ Was muß da erst der April-Schwarm wert sein!

* **Kein Verkauf von Schweinefleisch mehr.** Das Landesfleischamt hat Bestimmungen erlassen, denen zufolge die inneren Organe der Schlachttiere, wie Zunge, Lungen, Herz, Leber, Milz, Nieren, ferner Kopf und Kopfhaut von Rindern, Kälbern und Schafen nicht mehr unmittelbar in unverarbeiteter Zustände an die Bevölkerung verkauft, sondern nur zur Herstellung von Wurst verwendet werden dürfen. Da Schweine nur in sehr geringen Mengen zur Verfügung stehen, darf Schweinefleisch bis auf weiteres nicht unmittelbar an die bürgerliche Bevölkerung ausgegeben, sondern muß restlos zur Verbesserung der Wurst verwendet werden.

* **Die Sammlung von Arbeiterleistung nicht verschoben.** Die Nachricht, daß die Reichsbeteiligungsstelle die Sammlung von einer Million getragener Anzüge für die Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben auf unbefristete Zeit verschoben habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die ihnen auferlegten Mengen an getragenen Anzügen unverzüglich zu beschaffen.

* **Die Kriegsfreiwilligen nach dem Kriege.** Der fortschrittliche Reichstagsabg. Weinhausen eruchte in einer kleinen Anfrage um Aufklärung über die Gerüchte, daß „alle Kriegsteilnehmer, die während des Krieges freiwillig eingetreten sind, oder eingestuft wurden, bevor sie das 20. Lebensjahr vollendet hatten, nach der Demobilisierung zurückgehalten werden, um noch ihre ganze aktive Dienstzeit nachzubienen.“ In seiner Antwort erklärte ein Vertreter des Kriegsministeriums: „Die Kriegsdienstzeit wird auf die gesetzliche aktive Friedenszeit angerechnet. Wer also — gleichgültig, ob freiwillig eingetreten, oder ausgehoben — eine zwei- oder dreijährige Dienstzeit — einfach gerechnet — hinter sich hat, hat damit seiner gesetzlichen aktiven Friedensdienstzeit genügt und tritt zum Beurlaubtstande über. Für die Wehrpflichtigen, die noch nicht eine Kriegszeit in Höhe der gesetzlichen aktiven Friedensdienstzeit abgeleistet haben, gilt folgendes: Landsturmpflichtige, die im Frieden noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben, und sich bei der Demobilisierung im militärfähigen Alter befinden, vollenden zunächst ihre gesetzliche aktive Dienstzeit, vorausgesetzt, daß nicht eine vorzeitige Entlassung aus bürgerlichen Verhältnissen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen in Betracht kommt. Soweit sie noch nicht im militärfähigen Alter stehen, müssen sie nach den gesetzlichen Bestimmungen mit Auflösung des Landsturms entlassen werden, dürfen jedoch im Einzelfall mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter im Dienst zur Erfüllung des Restes ihrer aktiven Dienstzeit verbleiben. Entlassene Landsturmpflichtige unterliegen mit Eintritt in das militärfähige Alter der Aushebung durch die Ersatzbehörden im geregelter Verfahren. Im Falle der Aushebung werden diese Leute zur Erfüllung des Restes ihrer aktiven Dienstzeit herangezogen. Zurückbehaltung von Personen des Beurlaubtstandes, die ihnen als Uebung anrechnet, kommt lediglich nach Maßgabe des militärischen Bedürfnisses in Betracht.“

Hinweise auf Veranstaltungen.

(Siehe Inseratenteil.)

Kinorundschaу. Im Victoria-Theater, Neu-Waldenburg, für Sonnabend und Sonntag „Der Teppich von Bagdad“, dazu „Junges Gemüse und der verliebte Gummiball“, heute noch „Das Gesicht am Fenster.“ — Im Orient-Theater von Freitag bis Montag das Drama „Die Gärtnerpöbel“, sowie das Lustspiel „Die verkaufte Braut.“ — Im Union-Theater für die gleiche Zeit der Stuart-Webbs-Film „Das treibende Floß“, das Lustspiel „Die Erzfolette“ und Beiprogramm.

Aus der Provinz.

Breslau, 3. Mai. Stadtverordnetenversammlung. In der gestrigen Sitzung erfolgte die endgültige Festsetzung des Haushaltsplanes durch einstimmige Annahme der Vorschläge des Haushaltsausschusses. Die Ausgaben belaufen sich danach auf 54 469 415 Mark, die Einnahmen auf 26 465 415 Mark. Der Steuerbedarf von 28 004 000 Mark wird gedeckt durch die Gemeindegeldsteuer mit 3,7 von Tausend, die Gewerbesteuer mit 240 Prozent der Klasse I und 200 Prozent der Klasse II bis IV und schließlich durch die Gemeindeeinkommensteuer mit 207 Prozent. In der Gemeindeeinkommensteuer hat man den Magistratsvorschlag von 213 Prozent um 6 Prozent ermäßigt.

Schweidnitz, 3. Mai. Richtiges Nachkommen des „Alten Dessauer“. Daß unsere beiden Fliegerhelden, die Freiherren Manfred und Lothar v. Richtiges, wie das Anhaltische Herzogshaus, Nachkommen des Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau, des „alten Dessauer“, sind, dürfte wenig bekannt sein. Der beiden Großmutter nämlich war eine geborene v. Berenhorst, und diese die Enkelin des „alten Dessauer“, aus dessen natürlicher Verbindung mit Johanna Sophie Soelbner. Zur Zeit beschäftigt man sich hier lebhaft mit dem Plane eines Denkmals für den gesunkenen Fliegerhelden. In seiner Sitzung am Dienstag beschäftigte sich auch der Schweidnitzer Gewerbeverein mit dem Denkmalsplane. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Freudenberg, erörterte die aufgetauchten Vorschläge, mit denen sich die Versammlung einverstanden erklärte. Zur Durchführung des Denkmalsplanes sollen auch die Schweidnitzer Ortsgruppen des Luftflottenvereins, des Flottenvereins, des Kolonialvereins usw. herangezogen werden.

Jauer, 3. Mai. Die Maitäfer treten bereits in großen Massen auf. In der Moisdorfer Chaussee lassen die kahl gefressenen Zweige der Laubbäume den unermeßlichen Schaden erkennen, der durch ein Ueberhandnehmen der Maitäfer entstehen würde.

Lauban, 3. Mai. Ziegenausfuhrverbot. Seit kurzem werden in unserer Gegend von Aufläufern aus Berlin Ziegen jeden Alters aufgelauft. Der Landrat hat nun diesem Uebel durch Erlaß eines Ausfuhrverbots einen Riegel vorgeschoben.

Primkenau, 3. Mai. Durch einen Aehbuck angegrannt und verletzt wurde im benachbarten Neuwerk der 11jährige Sohn des Forstarbeiters Deutschmann.

Wyslowitz, 3. Mai. Eine Frauenschule im Anschluß an das städtische Lyzeum ist am Mittwoch mit 16 Schülerinnen eröffnet worden. Der Lehrplan umfaßt u. a. Kinder-, Säuglings- und Hauswirtschaftslehre. Mit der Frauenschule ist auch ein Kinderhort verbunden.

Druck und Verlag: Ferdinand Domel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). Verantwortlich für die Schriftleitung: Mel Klütj, für Anzeigen und Inserate: G. Nuders, sämtlich in Waldenburg.

Wettervorhersage für den 4. Mai:
Teilweise heiter, wärmer.

Bringt Eueren Goldschmuck in die Goldankaufsstelle!
Der volle Goldwert wird erkattet.
Annahme im Gymnasium in Waldenburg jeden Mittwoch vorm. von 10—12 Uhr.

Lebensmittel- und Kindernährmittelfarte.

In der Woche vom 6. zum 12. Mai d. Js. können empfangen werden:

gegen Abschnitt 51 der Lebensmittelfarte:

250 Gramm Brotausstrich,

entweder Marmelade zu 80 Pf. das Pfund, oder Kunsthonig zu 78 Pf. das Pfund lose Ware bzw. 75 Pf. das Pfund Paketware, oder Rübensaft zu 50 Pf. das Pfund.

Außerdem gegen Abschnitt 36 der Kindernährmittelfarte:

125 Gramm Weizen Grieß zum Preise von 8 Pf.

und gegen Abschnitt 37 der Kindernährmittelfarte:

2 Päckchen Puddingpulver zu je 22 Pf.

Nach Ablauf dieser Woche verlieren die Abschnitte ihre Gültigkeit. Waldenburg, den 20. April 1918.

Der Landrat.

Ober Waldenburg.

Sonnabend den 4. Mai 1918, vormittags von 8—12 Uhr, findet von hiesigen Eiskeller aus ein weiterer Verkauf von Kohl- und Mohrrüben zum Preise von 6 M. und für Kriegerfrauen für 2 M. pro Zentner gegen vorherige Lösung eines Bezugs-scheines im hiesigen Lebensmittelamt statt.

Ober Waldenburg, 2. 5. 18.

Gemeindevorsteher.

In unser Genossenschaftsregister ist am 30. April 1918 bei Nr. 4 „Spar- und Darlehnskasse E. G. m. u. H., Dittmannsdorf“ eingetragen: Ernst Niepold ist aus dem Vorstande ausgeschieden, Hausbesitzer Albrecht Stalling in Dittmannsdorf an seine Stelle gewählt.

Amtsgericht Waldenburg Schl.

Seitendorf. Kontrolle der Wehrpflichtigen.

Zwecks Durchführung der restlosen Kontrolle der im wehrpflichtigen Alter stehenden, das sind alle vom 1. August 1869 bis einschl. Ende April 1901 geborenen Personen, haben sich nunmehr alsbald auch alle ungedienten bzw. aus dem Militärdienst als vorzeitig zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen, noch nicht militärfähig ausgebildeten Wehrpflichtigen,

a) die zu Zuchthausstrafe Verurteilten,

b) die durch Straferkenntnis aus dem Heere oder der Marine Entlassenen und

c) die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf bestimmte Zeit bestraften

zwecks Eintragung in die Landsturmvrolle im hiesigen Gemeindebüro zu melden.

Auch werden diese Personen verpflichtet, jede Veränderung ihres Wohnortes, ihrer Beschäftigung, sowie ihrer Familienverhältnisse sofort, spätestens aber binnen 48 Stunden, der hiesigen Gemeindebehörde mündlich oder schriftlich mitzuteilen.

Seitendorf, 1. 5. 18.

Gemeindevorsteher.

Baptistengemeinde Altwasser, Charlottenbrunnstr. 198.

Sonntag abend 8 Uhr: Predigt.

Dienstag abend 8 Uhr: Predigt.

Baptistengemeinde Dittersbach, Hauptstraße 148, II.

Sonntag abend 8 Uhr: Predigt.

Donnerstag abend 8 Uhr: Predigt.

Baptistengemeinde Blumenau, Kapelle.

Sonntag vorm. 9 Uhr: Predigt,

nachmittags 3 Uhr: Predigt.

Mittwoch abend 8 Uhr: Predigt.

Baptistengemeinde Freiburg, Kapelle.

Sonntag vorm. 9 Uhr: Predigt,

nachm. 3 1/2 Uhr: Predigt.

Mittwoch abend 8 Uhr: Versammlung.

Baptistengemeinde Neu Salzb-
brunn, Bethel-Kapelle.

Sonntag vorm. 9 Uhr: Predigt,

nachm. 4 Uhr: Predigt.

Donnerstag abend 8 Uhr: Predigt.



Statt jeder besonderen Anzeige.

Tieferschütttert erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser unvergeßlicher, lieber, guter, einziger Sohn und Bruder, Schwager, Onkel und Nefte,

der Kaufmann

Oswald Weisemann,

Ritter des Eisernen Kreuzes II. Kl.,

Sanitäts-Vizefeldwebel in einem Res.-Feldartill.-Regt.,

den Heldentod fürs Vaterland am 23. April 1918 im Alter von 31 Jahren erlitten hat.

Er erhielt seine tödliche Verwundung in der Feuerstellung in Ausübung seiner Tätigkeit als Helfer für andere Verwundete, nachdem er die Strapazen des Krieges seit Anfang ertragen hat.

Dittmannsdorf, Waldenburg, den 3. Mai 1918.

In tiefstem Schmerz:

Die trauernden Eltern, Schwestern
und Anverwandten.

Ruhe sanft in fremder Erde, bis wir Dir folgen in die Ewigkeit.

Königlich Klassen- Preuß. Lotterie.

Ziehung 5. u. 7. Mai bis 3. Juni.

Hauptgewinne:

- 2 Prämien à 300 000 M.,
- 2 Gewinne à 500 000 „
- 2 „ à 200 000 „
- 2 „ à 150 000 „
- 2 „ à 100 000 „
- 2 „ à 75 000 „

Kauflose

$\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{1}$ Abzshn.
25.— 50.— 100.— 200.— M.

Porto 20 Pf.

Vollberg,

Kgl. Pr. Lotterie-Einnehmer.

Musik-Unterricht,
Violine, Klavier, erteilt gegen
mäß. Honorar C. Schweszer,
Auenstr. 23 a, part., neb. Lyzeum.

Gedichte und Vorträge
in Hochdeutsch und schief. Mund-
art, zu allen Gelegenheiten, ver-
faßt formichön
Ossig, Ring 12, 2. Etage.

**Johannisbeeren,
Himbeeren,
Blaubeeren,
reife Stachelbeeren,
Sauerkirschen, abge-
stiebt,
und Falläpfel**
kaufen jedes Quantum
Friedrich & Co.,
Waldenburg i. Schl.

Ich kaufe **Fahrrad-Gummi**
gebraucht zu hohen Preisen.
Auswärts durch Karte.
Fahrradhaus Birkenholzstr. 6.

Süssholz

in Paketen z. 20 Pf. Verkauf
100 Pakete M. 16.—
200 „ „ 45.—
portofrei, Nachnahme.
Ernst & Witt, Abt. 271
Hamburg 23.

Fleischarten-Ausgabe.

Die mit dem 13. Mai beginnenden neuen Fleischarten
werden zur Zeit vorgearbeitet und sind pünktlich
Sonnabend den 4. d. Mts.,
nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Rathause
(2. Stock, Stadtverordneten-Sitzungsaal)

abzuholen.
An Kinder werden Karten nicht verabsolgt.
Karten etwa verzogener Personen sind im Zimmer Nr. 23
abzugeben.
Waldenburg, den 3. Mai 1918.

Der Magistrat.

Städtischer Schlachthof.

Sonnabend den 4. Mai 1918, früh von 7 Uhr ab:
Verkauf von Rind- und Kalbfleisch,
gegen Fleischmarken, jedoch die doppelte Wochenmenge.
Diesmal für die Buchstaben A—K.

Die Kreis-Fleischstelle.

Auswärtige Käufer werden auch zugelassen.

Victoria - Theater

Waldenburg Neust., Scharnhorststr. 3.

Programm für 4. und 5. Mai:

Ein hervorragendes Bild orientalischer Schönheit!
Wunderbare Ausstattung!

Der Teppich von Bagdad

oder:

Die wahnsinnige Verfolgung der Wüstenräuber.
5 Akte.

Ferner das köstliche Lustspiel
mit unserem allbeliebten

Knoppchen:

Junges Gemüse

und

Der verliebte Gummiball.

Sonntag ab 4 Uhr:

Familien-Vorstellung.

Erstklassige Rezitation.

Unwiderruflich nur noch heute Freitag:
Der spannende Kriminal-Detektiv-Roman:
Das Gesicht am Fenster.

Union-Theater.

Unwiderruflich nur bis Montag:
Stuart Webbs,
der Meisterdetektiv,
in seinem neuesten spannenden Abenteuer:
Das treibende Floss.

4 lange Akte.
Ausstattung, Spiel und Handlung meisterhaft.
Stuart Webbs, dargestellt von Ernst Reicher.

Dazu ein entzückendes Lustspiel:

Porten: Die Erzkokette.

3 humorvolle Akte.
Ferner die hochaktuellen Aufnahmen:

Schlacht im Westen.

Anfang Wochentags 6 Uhr.

Vermögens- Verzeichnisse

nach neuester gerichtlicher
Vorchrift

wieder zu haben in der

Expedition des

„Waldenburger Wochenblattes“

Ein Kesselheizer

(event. Schlosser oder Schmied,
welcher sich dazu anlernen will),
sowie ein

Nachtwächter

können sich sofort melden.
Max Thiel, Wagenfabrik.

Bäckerlehrling

per bald gesucht.
Jul. Maiwald, Bäckermeister,
Auenstraße 33.

Zum Antritt für 2. Juli
suche ich ein besseres
Mädchen für alles,
welches auch die Wäsche
versteht.
Waldenburg i. Schl.,
Ring 14, II.
Buchhändler Knorrn senior.

Jüngeres Mädchen

zu häuslicher Arbeit bald gesucht
Töpferstraße 1, 1 Tr. r.

Brauche für mein Restaurant

zwei Dienstmädchen

sofort oder 15. Mai. Adresse
Berlin Hagenheide 59.

Heidereiter.

Saubere Wäschefrau wird ges.
Charlottenbr. St. 16, II. Et. r.

Eine Stube bald zu beziehen
Albertstraße 14.

Eine große Kellertube (elektr.
Licht) bald zu beziehen
Gartenstraße 6.

Große zweifelhafte Stube,
Hosparterre, sofort oder
1. Juni zu vermieten
Albertstraße Nr. 11.

Musik. Stubenkollege sucht
Hohstr. 8, part., sep. Eing.

Eine Stube mit Gas bald zu
vermieten Ober Walden-
burg, Mittelstraße Nr. 5.

Russchank Konradtschacht.

Sonnabend und Sonntag:

Quartett-Konzert.

Kopffleisch-Essen.

Orient- Theater

Freiburgerstraße 115

Nur 4 Tage!

Freitag bis Montag:

Ein hervorragender
Kunstgenuß für alle!

Die beliebte
Wiener Künstlerin

Poldi Müller

in:

Die

Gärtnerpoldi

4 Akte.

Großes Drama aus dem
Wiener Volksleben.

Hauptdarsteller:

Charlotte Waldow v. Deut-
schen Volkstheat. Wien.

Bertha Danegger von der
Wiener Volksbühne.

Josefine Viere von der
neuen Wiener Bühne.

Emmi Förstervon der neuen
Wiener Bühne.

Walter Huber vom Deut-
schen Volkstheat. Wien.

Gustav Werner vom Lust-
spieltheater Wien.

Hervorragend künstlerische
Darstellung!

Spannende ergreif. Handlung!
Klare Bilder!

Köstlichen Humor bereitet:

Die

vertauschte

Braut.

In den Hauptrollen erste
Berliner Künstler:

Max Rubbeck, Werner Kreuss,
Lu Synd.

Anfang Wochentags 6 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.